

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

27. NOV. 14

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post exkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Fetzer Straße 32, IV., Volkshaus
Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die einpaltige
Petitzelle oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einlegung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 48.

Sonnabend, den 28. November 1914.

18. Jahrgang.

Behördliche Antworten auf unsere Petitionen.

Wir haben in den Nummern 46 und 47 schon einige Antworten veröffentlicht, die unserm Verbandsvorstand auf die schnelle Vergebung von Werk- und Plastersteinmaterialien zugegangen sind. Es haben uns viele Behörden geschrieben, alle teilten sie mit, daß sie bestrebt sind, im Sinne der Eingaben zu handeln. Der Steinarbeiterverband zeigt durch sein Vorgehen, daß er auch in der schwersten Krisenzeit praktische Arbeit zu leisten versteht. Aus den Antworten, welche in den letzten Tagen eingegangen sind, seien noch nachstehende hervorgehoben:

Königliche Eisenbahndirektion. Danzig, den 18. November 1914.
Auf die Eingabe vom 28. v. Mts. erwidern wir ergebenst, daß wir unsern Bedarf an Schotter von jeher im eigenen Bezirk decken und daß hier sämtliche Schotterwerke mit Lieferaufträgen zeitig versehen sind. Es wäre uns von Interesse, die Adressen der taustreuen Firmen in den Provinzen Ost- und Westpreußen, Posen und Pommern zu erfahren und schon wir einer entsprechenden Mitteilung entgegen.
Seefer.

Baudirektion. Bremen, den 14. November 1914.
Auf Ihr unter dem 4. d. Mts. dem hiesigen Senat eingereichtes Gesuch wird Ihnen ergebenst erwidert, daß in Bremen während des Krieges in derselben Weise, wie vor dem Kriege die Ausführungen stattfinden, und dabei die einheimische Industrie tunlichst berücksichtigt wird.

Die Baudirektion.
Glaepel, Ehrhardt, Ed. Suling.

Magistrat
der Königlichen Residenzstadt
Charlottenburg, den 14. Nov. 1914.
Die im Bereiche der städtischen Tiefbauverwaltung für das Rechnungsjahr 1915 erforderlichen Steinmaterialien werden öffentlich ausgeschrieben werden, sobald annähernd feststeht, welche Bauten ausgeschrieben werden.

Zu den in Ihrem Schreiben enthaltenen Anregungen, betreffend die Herabsetzung der Höhe der zu leistenden Sicherheiten, sowie Herabminderung der Verwendung ausländischen Materials bemerken wir, daß wir hierauf bereits in ganz bedeutendem Umfang Rücksicht genommen haben.

Magistrat Bezugsf. Residenzstadt. Koburg, den 10. 11. 1914.
Auf Ihre gefl. Zuschrift vom 21. v. Mts. diene Ihnen hiermit zur Kenntnis, daß die in der Eingabe zum Ausdruck gebrachten Wünsche in unserer Verwaltung in vollem Umfange Berücksichtigung finden.

Ministerium für Elsaß-Lothringen,
Abteilung für Landwirtschaft
und öffentliche Arbeiten.

Strasbourg, den 16. November 1914.
Auf die Eingabe vom 4. d. Mts. betreffend die Förderung der Plaster- und Werksteinindustrie erwidere ich ergebenst, daß für den Geschäftsbereich der Bauverwaltung in Elsaß-Lothringen unterm 15. Oktober d. J. Nr. IV 24048 II eine allgemeine Verfügung erlassen worden ist, nach welcher den Unternehmern unter den gegenwärtigen Verhältnissen in weitgehendstem Maße Entgegenkommen gewährt werden soll.

Die Ausschreibung von Steinhauerarbeiten in besonderen Posen und die tunlichste Verwendung einheimischer Materialien ist bereits vor dem Krieg den Baubeamten der Landesverwaltung wiederholt aufgegeben worden.

Der Unterstaatssekretär.

Der Großherzog, Sächsische Direktor
des 1. Verwaltungsbezirks.
Weimar, den 16. November 1914.
Auf Ihre Eingabe an das Großherzogliche Sächs. Staatsministerium, Dep. des Innern hier, die mir im Abdruck zur Kenntnis gebracht worden ist, erlaube ich Sie um Uebersendung von noch 5 Exemplaren der Druckschrift „Gesuch um schnelle Vergebung von Plaster- und Werkstein-Arbeiten“ zum Zwecke der Verteilung an einige Gemeindevorstände.

Königliche Generaldirektion
der Sächsischen Staats-Eisenbahnen,
III. Abteilung.

Dresden, am 17. November 1914.
Ihren im Schreiben vom 28. Oktober 1914 gestellten Antrag um baldige Ausschreibung von Steinlieferungen ist von uns dadurch Rechnung getragen worden, daß wir allein für Gleisbauarbeiten zu Bahnunterhaltungszwecken rund 116 000 Kubikmeter (etwa 20 000 Waggon) Steinmaterial ausgeschrieben haben, so daß die Vergebung dieser Menge noch in diesem Jahre erfolgen kann.

Ebenso soll der vorläufige Bedarf an Straßenmaterial für 1915 baldigst festgelegt und bestellt werden.

Auch für Zwecke des Neubaus wird, soweit angängig, auf baldige Vergebung des Gleisbau- und Straßenmaterials Bedacht genommen werden.

Aus diesen gegen früher um Monate voraus eingeleiteten und angeordneten Maßnahmen werden Sie ersahen, daß wir in jeder Weise den jetzigen Verhältnissen Rechnung zu tragen suchen.

Kußerdem laufen zurzeit noch zahlreiche Verträge auf das Jahr 1914, womit das von Ihnen erwähnte Fehlen öffentlicher Ausschreibungen in der Zeit vom 1. August bis Anfang November 1914 und die scheinbare Zurückhaltung unserer Dienststellen erklären sein dürfen.

Ihre Annahme endlich, daß bei unsern Eisenbahnbauten Kunststeine in besonders bevorzugter, ja sogar in „hervorragender“ und „ostentativer“ Weise zur Verwendung gelangen, entspricht durchaus nicht den Tatsachen.

Kunststeine werden bei unsern Bauten nur höchst selten und ganz ausnahmsweise verwendet, so daß von einer Schädigung der Steinindustrie durch Bevorzugung der Kunststeine in unserm Verwaltungsbereich wohl keine Rede sein kann.

Kaiserliche Generaldirektion der
Eisenbahnen in Elsaß-Lothringen
Strasbourg, den 21. November 1914.
Auf Ihr Gesuch vom 28. Oktober d. J. um schnelle Vergebung von Steinlieferungen erwidere ich Ihnen, daß wir in jeder Weise bemüht sind, durch Vergebung von Arbeiten und Lieferungen

zur Verminderung der Arbeitslosigkeit nach Möglichkeit beizutragen, daß wir aber hier im Grenzgebiet zurzeit selbst gewissen Beschränkungen unterworfen sind. — Die im hiesigen Bezirk gelegenen Steinbrüche haben ihre Betriebe wegen der Nähe der französischen Grenze zum Teil bis jetzt noch nicht wieder aufnehmen können; sobald dies aber möglich ist, ist für die Steinarbeiter hinreichend Arbeit vorhanden, da auf die laufenden Verträge noch größere Mengen Steinmaterial für unsere Verwaltung zu liefern sind. Unsern Bedarf legt auf außerhalb Elsaß-Lothringen gelegene Steinbrüche zu übertragen, würde — abgesehen von Transport Schwierigkeiten — eine Veranlassung der hiesigen Arbeiter bedeuten, für die alsdann bei Wiederaufnahme der Betriebe Arbeitslosigkeit nur in vermindertem Maße vorhanden wäre.

Beton- und Eisenbetonbauten werden in unserm Verwaltungsbezirk nur dort angewandt, wo es zweckmäßig und wirtschaftlich ist.

v. Bose.

Königliche Eisenbahndirektion. Köln, den 10. November 1914.
Wir teilen ergebenst mit, daß die Ausschreibung von Steinmaterial im Monat Januar 1915 stattfinden wird. Bis dahin haben die Unternehmer noch größere Mengen auf bestehende Verträge zu liefern.

Es ist jedoch veranlaßt, daß die nachgeordneten Dienststellen den Abbruch mehr als bisher beschleunigen, mithin größere Mengen zum Versand gelangen.
Generaldirektion der R.
Württ. Staats-Eisenbahnen

Stuttgart, den 19. November 1914.
Auf Ihre Eingabe vom 28. Oktober teilen wir Ihnen ergebenst folgendes mit: Das Empfangsgebäude des neuen Hauptbahnhofes Stuttgart wird zum größten Teil aus Natursteinen gebaut; auch sonst verwenden wir weit mehr Natursteine als Kunststeine. Der Bedarf an Schottermaterial ist bereits ausgeschrieben, zum Teil schon vergeben, und zwar in der gleichen Menge wie in den Vorjahren. Die Bauarbeiten sind überall wieder aufgenommen.

Der Königl. Preuss. Minister
der öffentlichen Arbeiten:
Berlin W 66, Wilhelmstr. 79, den 16. November 1914.

Auf die Eingabe vom 4. November 1914.
Ich habe bereits vor einiger Zeit an die bauausführenden Behörden der Eisenbahn- und der allgemeinen Bauverwaltung Anweisung gegeben, daß die Bautätigkeit in Rücksicht auf das bestehende Arbeitsbedürfnis in Handel und Gewerbe nach Möglichkeit aufrecht erhalten und tunlichst verstärkt wird. Insbesondere ist es nicht beabsichtigt, mit den Vergabungen der Lieferungen von Steinmaterial als Bbaumaterial für Eisenbahnarbeiten zurückzuhalten. Auch eine möglichst baldige Herausgabe von Lieferungen aufzutragen und die Vergabung solcher an besonders arbeitsbedürftige Betriebe und in einer größeren Anzahl von Posen zur Ermöglichung der Teilnahme auch kleinerer Betriebe an Lieferungen ist bereits angeordnet. Es sind auch wesentliche Erleichterungen den Unternehmern in Bezug auf die Bestellung von Sicherheiten geschaffen und eine beschleunigte Zahlbarmachung für Teillieferungen angeordnet. In welche Betriebe die Lieferungsanträge entfallen, wird im allgemeinen von den Ergebnissen der Verhandlungen abhängen. Bei diesen ist es übrigens unterlag, die Lieferung von Steinmaterial bestimmter Herkunft (z. B. Schwedischer Granit) zur Bedingung zu stellen. Eine Bevorzugung von Kunststeinen zu staatlichen Bauten vor Natursteinen liegt nicht in meiner Absicht, jedoch muß die Verwendung eines bestimmten Steinmaterials jeweils von den örtlichen Bedürfnissen abhängig bleiben.

Im Auftrage: D e f f e n h e i m.

Die Antworten zeigen, daß man unsere Petition sehr wohlwollend behandelt hat. Aus den Ausschreibungen geht auch tatsächlich hervor, daß den Antworten auch die Tat folgt. Die Mitteilungen der Behörden veröffentlichten wir auch deshalb, weil die Steinindustrie ein Recht darauf hat, zu erfahren, wie sich die Baubehörden zu der Eingabe der Arbeiterorganisation stellen. Unsere Kollegen können aber aus den getroffenen Maßnahmen ersahen, daß der Verband seinen ganzen Einfluß ausübt, um die Ausschreibung von Lieferungen in die Wege zu leiten. So manche Baubehörde hätte auf die Vergebung von Steinlieferungen verzichtet, aber unsere Petition hat dann doch einen Umschwung herbeigeführt. Weiter macht unser Vorgehen es den Unternehmern nun nicht so leicht, etwa die Tarife zu fixieren. Dort, wo die Tarife gekürzt werden und wo es sich um staatliche und kommunale Lieferungen handelt, sind diese Behörden sofort in objektivster Weise zu unterrichten. Aus mehr wie einem Vorkommnis wissen wir, daß ein großer Teil der Behörden tarifreue Firmen bei der Steinvergebung bevorzugt.

Eine Erklärung der Generalkommission.

Die Generalkommission der deutschen Gewerkschaften sieht sich gezwungen, im „Korrespondenzblatt“ (Nr. 47) eine bedeutungsvolle Erklärung zu veröffentlichen. Dieser Schritt ist der Generalkommission sicherlich nicht leicht geworden, aber es ist besser, wenn durch ein energisches Dazwischentreten allen unzulässigen Gerüchten gegenüber der höchsten deutschen Gewerkschaftsinstanz sofort der Boden entzogen wird. Die Erklärung lautet:

Unter der organisierten Arbeiterschaft Groß-Berlins wird die Behauptung kolportiert, die Generalkommission habe sich über die Abkündigung des „Vorwärts“ beschwert, um den „Vorwärts“ zu einer nationalistischen Haltung zu zwingen, ferner: die Generalkommission habe das zweite Verbot des „Vorwärts“ verschuldet. Beide Behauptungen sind völlig aus der Luft gegriffen. Wir haben deshalb mit dem Parteivorstand Verhandlungen geführt, die auch den Zentralvorstand der Groß-Berliner Parteivereinigung beschäftigt haben. Leider hat es der Zentralvorstand abgelehnt, über diese Verhandlungen im Mitteilungsblatt des Verbandes der sozialdemokratischen Bauvereine Berlins und Umgegend zu berichten.

Da es nicht möglich ist, die Berliner Genossen durch ihr eigenes Malt über die Sachlage zu informieren, bleibe uns zu unserem Bedauern nichts weiter übrig, als sie im „Korrespondenzblatt“ darzulegen. Wenn dadurch ein erheblich größerer Personenkreis Kenntnis von den wenig erfreulichen Vorgängen erhält, so ist das nicht unsere Schuld.

In einer Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände wurde von mehreren Seiten Klage darüber geführt, daß der „Vorwärts“, der doch Zentralorgan der Partei sei, vielfach, insbesondere in wirtschaftlichen und sozialen Fragen, verlag habe.

Die Generalkommission hielt die Beschwerden für berechtigt und erklärte sich bereit, zwecks ihrer Abstellung mit dem Parteivorstand und der Redaktion des „Vorwärts“ in Verhandlung zu treten. Am 23. September d. J. fand eine Sitzung statt, an der Vertreter des Parteivorstandes, der Generalkommission, der Redaktion des „Vorwärts“, der Parteivereinigung und des Zentralvorstandes der Groß-Berliner Parteivereinigung teilnahmen. Die von der Generalkommission gegen den „Vorwärts“ vorgebrachten Beschwerden gingen dahin:

1. Der „Vorwärts“ hat während der Kriegszeit, besonders aber während der ersten Wochen nach Kriegsbeginn, gewerkschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen nicht die genügende Beachtung geschenkt. Die Forderung einer umfassenden und schnellen Hilfe für die Arbeitslosen wurde z. B. von einigen bürgerlichen Blättern früher und energischer erhoben und propagiert, als durch den „Vorwärts“. Beschwerden einiger Gewerkschaften gegen die Sparpolitik der Verkehrsbetriebe und anderer öffentlicher Betriebe wurden von der „Vorwärts“-Redaktion nicht veröffentlicht.

Die „Volksfürsorge“, ein Unternehmen der gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen, hatte der gesamten Partei- und Gewerkschaftspresse eine Notiz zur Veröffentlichung übermittelt, die den Zweck hatte, die Verhältnisse über die durch den Krieg herbeigeführte Veränderung der Reichslage zu belehren und sie vor Schaden zu bewahren. Die gesamte Arbeiterpresse brachte die Notiz. Die Redaktion des „Vorwärts“ lehnte die Aufnahme im redaktionellen Teile ab und stellte der „Volksfürsorge“ anheim, den Artikel oder eine Umarbeitung desselben als Inserat aufzugeben.

2. Der „Vorwärts“ tue nichts, um die Arbeiterschaft über das Verhalten der sozialdemokratischen Parteien und der Gewerkschaften des Auslandes zum Kriege zu unterrichten. Er hat auf die zahlreichsten Angriffe, die von sozialistischen Partei- und Gewerkschaftsblättern, ja selbst von einigen ausländischen Arbeiterorganisationen gegen die deutsche Partei und die deutschen Gewerkschaften gerichtet wurden, nichts erwidert. Dadurch müßte der Eindruck erweckt werden, als ob jene Vorwürfe von uns als zutreffend anerkannt würden. Im Interesse der Würde und des Ansehens der deutschen Arbeiterbewegung müßte das Zentralorgan der Partei jene Angriffe ruhig und sachlich zurückweisen.

3. Der „Vorwärts“ hat bei der Berichterstattung über Greuel, Verwundeten- und Gefangenenbehandlung in der Regel das Verhalten unserer Gegner entschuldigend, Entgleisungen einzelner Personen oder Zeitungen in Deutschland aber verallgemeinert.

In der einen ganzen Tag dauernden Aussprache über diese Beschwerden wurde seitens einiger Mitglieder der Prekominmission und der Redaktion des „Vorwärts“ der Versuch gemacht, die sachliche Erörterung zu unterbinden, durch, daß sie den Vorwurf erhoben, die von der Generalkommission vorgebrachten Beschwerden seien nur ein Vorwand. Die wahre Absicht sei, den „Vorwärts“ zu einer nationalistischen und chauvinistischen Haltung zu zwingen. Diese Unterstellung wurde von den Vertretern der Generalkommission sowie vom Parteivorstand sofort zurückgewiesen.

Zum Schluß der Aussprache faßte der Vorsitzende, Genosse G e b e r t, die Hauptpunkte der vorgebrachten Beschwerden nach Inhalt des Protokolls wie folgt zusammen:

1. Der „Vorwärts“ soll die Interessen der deutschen Partei gegen die Angriffe sozialistischer Parteien des Auslandes verteidigen.

2. Der „Vorwärts“ soll sich in seinen Berichten über Greuel, Verwundeten- und Gefangenenbehandlung der größten Objektivität befleißigen.

3. Der „Vorwärts“ soll mehr wie bisher den sozial- und wirtschaftspolitischen Fragen seine Aufmerksamkeit widmen.

4. Der „Vorwärts“ soll dem Chauvinismus, dem Kurvaterpatriotismus und allen Annerkennungsgelüsten entgegenarbeiten, wie das auch der Parteivorstand durch sein Zirkular an die gesamte Parteipresse schon in den ersten Kriegswochen verlannte.

Zu Punkt 4 wurde noch besonders festgestellt, daß die Generalkommission in dieser Auffassung durchaus mit dem Parteivorstand einig sei. Dem wurde alleseitig zugestimmt.

Trotz dieser präzisen und zweifelsfreien Feststellung haben einige Mitglieder der Prekominmission bei den in ihren Wahlkreisen erhaltenen Berichten, die in der Sitzung vom 23. September in bestimmter Absicht aufstellten, mit den Tatsachen nicht zu vereinbarenden Behauptungen sich zu eigen gemacht und ihre Mandatgeber in den Glauben verriet, die Generalkommission habe den „Vorwärts“ zu einer nationalistischen Haltung veranlassen wollen.

II.

In einer Sitzung des Vorstands des Kreiswahlvereins von Niederbarnim hat der Genosse Stadthagen die Behauptung aufgestellt, die Generalkommission der Gewerkschaften sei schuld an dem zweiten Verbot des „Vorwärts“. Die Generalkommission erhob gegen die Behauptung des Genossen Stadthagen Widerspruch und wandte sich beschwerdeführend an den Parteivorstand. In einer gemeinsamen Sitzung aller Parteikomitees wurde die Angelegenheit eingehend besprochen mit dem Ergebnis, daß der Parteivorstand einstimmig erklärte:

In der Verhandlung konnte nicht festgestellt werden, was auch nur den geringsten Anlaß zu der Annahme oder Vermutung geben konnte, die Generalkommission habe das „Vorwärts“-Verbot mitverschuldet. Dieser von Stadthagen erhobene Vorwurf ist in keiner Weise gerechtfertigt.

Um jeder weiteren Verleumdung und Stimmungsmache vorzubeugen, haben wir uns in diesen Petitionskreisen bemüht zu sein. Berlin, den 16. November 1914.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.
Die Erklärung zeigt klar und deutlich, wie man gegen die Generalkommission Stimmung machen will. Man kolportierte sogar das Gerücht, die Generalkommission sei schuld an dem zweiten Verbot des „Vorwärts“. Der sie betreffende Vorwurf des „Vorwärts“ ist es, daß die Arbeiterbewegung nicht mehr in der Lage sei, die Arbeiterbewegung zu führen, daß die Arbeiterbewegung nicht mehr in der Lage sei, die Arbeiterbewegung zu führen, daß die Arbeiterbewegung nicht mehr in der Lage sei, die Arbeiterbewegung zu führen.

Literarisches.

Ein handlicher KriegsAtlas ist folschen bei Brockhaus in Leipzig erschienen. Nur den billigen Preis von 1 Mark bietet er nicht...

Adressen-Änderungen.

Alteben a. S. Vorj.: Hermann Weisse, Wafnstr. 272. Adf.: Robert Stolberg, Breitenweg 120. Demig. Vorj.: Emil Schuster, Demig Nr. 29b.

Berjammlungskalender.

Mitglieder-Versammlung Kamenz: 28. November, im Gasthaus zum Komplatz.

Anzeigen

Gestrickte Herren-, Damen- u. Kinderhemden Unterhosen, Leibchen, Reformhosen fertigt seit 20 Jahren und empfiehlt selbige zum billigsten Preis Christian Diesel Strickerei, Weiss- und Wollwaren-Geschäft Jonsdorf b. Zittau (Sa.).

Im Felde gefallen

- Friedrich Schlemmer, 26 Jahre alt, und Ludwig Graf, 29 Jahre alt, aus der Zahlstelle Wittgenau. Martin Maier, 36 Jahre alt, und Theodor Wendt, 37 Jahre alt, aus der Zahlstelle Weichas-Grünna.

erhalten ist. Nächst konnte man mit Recht im „Normais“ die...

Korrespondenzen.

Neuch. Wir müssen an dieser Stelle die Firma A. Preißer...

Genetren (Bayrischer Wald). Am 21. November tagte im...

Neuen (Bayrischer Wald). Am 14. November tagte im Gasthaus...

Neu-Wechaa. Heber die Firma Mant und Krause möchten...

Wagramerwald (Nichtelgebirge). Am 15. November fand im...

Walden. Die Genossenschaft der Firma Mant und Krause...

21. November den Betrieb der Firma Popp verlassen. Die Schuld...

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Wie den Kollegen bereits bekannt ist, ist unser Verband...

An die Kassierer: Vom Januar 1915 an werden für die...

Rundschau.

Militärbehörden gegen Lohnrückerei. Unsere Gewerkschaften...

Artilleriewerkstätte Spandau. An die Firma. Es ist in Erfahrung gebracht, daß Sie an Ihre Arbeiter...

Kriegsfürsorge. Von der Firma Friedrich Rietscher, Granitwerke...

Ein Missetat für den Beschäftigungsgrad ist unter andern der...

Ein schwerer Unglücksfall, dem leider zwei Menschenleben zum...

Kriegsauszeichnung.

Der zweite Vorsitzende der Zahlstelle Blaubeurg (Bayrischer Wald),...

Kollegen, sendet den Kriegsteilnehmern Zeitungen.

Die Kollegen, die im Felde stehen, leiden auch nach geistiger...

Rede kann sich leicht vorstellen, daß allen, die wochenlang von...

Gestorben.

Unter dieser Rubrik werden von diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, die...